

Moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik muss mehr für Chancengleichheit und Anerkennung tun – Integration ist Querschnittspolitik

Dr. Lale Akgün, *Mitglied des Bundestags, migrationspolitische Sprecherin und Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion*

In meinem Beitrag werde ich mich auch kritisch mit der Einwanderungs- und Integrationspolitik der Bundesregierung auseinandersetzen, insbesondere mit dem, was auf Bundesebene in den vergangenen Monaten getan wurde. Es gibt noch viel zu tun und zu verändern.

Integrationspolitik ist die Konsequenz von Einwanderung

Zunächst einmal möchte ich kurz vorausschicken, was Integrationspolitik für mich eigentlich bedeutet: Integrationspolitik ist für mich eine kurzfristige Folge von Einwanderungspolitik – daher sind beide Politikbereiche eng miteinander verknüpft. In Kanada hat man eine genaue Vorstellung von Integration: Gemeint ist die Förderung und Qualifizierung von Einwanderern in der ersten Zeit nach ihrer Einreise, also eine Art Umzugs- und Orientierungshilfe bei der Suche nach Arbeit, Wohnung, Sprachkursen, Netzwerken und Kontakten.

Integrationspolitik ohne Einwanderung ist jedoch wie Kochen ohne Topf – sie funktioniert nicht. In der Politik spricht man daher derzeit gerne von „nachholender Integration“. Dieser Begriff ist dann berechtigt, wenn gemeint ist, dass Kinder von Zuwanderern eine zusätzliche Förderung erfahren sollen, die ihren Eltern bei deren Zuwanderung in Ermangelung einer Integrationspolitik verwehrt war. Der Begriff „nachholende Integration“ ist aber dann geradezu gefährlich, wenn er all denjenigen, die nachholend integriert werden sollen, unterstellt, sie seien nicht Teil dieser Gesellschaft. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer sprechen gerne von 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die mittels nachholender Integration zu fördern und fördern seien.

15 Millionen Menschen wird somit unterstellt, sie seien kein oder zumindest nur ein unvollständiger Teil dieser Gesellschaft. So zu argumentieren ist gefährlich und ein sozialer Sprengsatz für unsere gesamte Gesellschaft. Es geht nicht um die Integration von 15 Millionen Menschen in Deutschland. Es geht vielmehr um die Unterstützung einiger Menschen, denen wir aufgrund verschiedenster Defizite (Bildung, Mangel an Arbeits- oder Ausbildungsplatz und vielem mehr) und aus unterschiedlichsten Gründen die Chance auf eine aktive Teilnahme an unserem gesellschaftlichen Leben ermöglichen müssen. Dies funktioniert aber nur, wenn man die einzelnen Menschen kennt und gezielt auf sie eingehen kann. Nur auf der kommunalen Ebene ist das möglich. Die nationale Ebene ist eine Nummer zu groß und führt dazu, dass man immer nur abstrakt über Probleme spricht statt die Einzelfälle vor Ort unter die Lupe zu nehmen.

Ein nationaler Integrationsgipfel in dieser Größe und mit diesem Aufwand war daher ziemlich überflüssig: Die Erwartungen, die an ihn gerichtet sind, können gar nicht erfüllt werden. Es hätte gereicht, sich ein Mal zu treffen, um über Leitlinien zu sprechen. Der erste Integrationsgipfel hatte daher sicherlich einen wichtigen Symbolwert, weil sich zum ersten Mal Migrantenverbände mit der Bundeskanzlerin getroffen haben.

Die Nachfolgeveranstaltungen bringen jedoch nicht viel, da der Bund in den meisten Fragen der Integration ohnehin nicht zuständig ist. Entsprechend nebulös bleibt daher auch der Text des „Nationalen Integrationsplans“. Er enthält auf 200 Seiten eine Flut von Allgemeinplätzen und Absichtserklärungen. Über die Umsetzung und die Finanzierung findet sich darin sehr wenig, weil diejenigen, die da am Tisch sitzen, gar nicht darüber entscheiden können. Verbindliche Zusagen kann der Bund eigentlich nur bei der Verbesserung der Integrations- und Sprachkurse für Neuzuwanderer machen. Aber dafür braucht man nicht 250 Experten, sechs Arbeitsgruppen und große Medienevents. Das wurde längst schon in den Fachausschüssen des Bundestages erarbeitet.

Die kommunale Ebene ist die effektivste

Auf kommunaler Ebene gibt es in vielen Städten und Kommunen, zum Teil auch auf Stadtteilebene, lokale Integrationsbündnisse, die sehr erfolgreich arbeiten. Sie sind erfolgreich, weil sie spezifisch auf die Situation vor Ort eingehen können und in der Lage sind, Verwaltung, Politik, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen und Unternehmen zu vernetzen und einzubinden, und zwar mit konkreten Zuständigkeiten und verbindlichen und überprüfbaren Zielen. Diese Verbindlichkeit fehlt einem nationalen Gipfel.

Der „Kölnberg“ in meinem Wahlkreis in Köln ist ein gutes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit vor Ort. Bei der Lehrstellensuche für die jungen Leute ist die kleinräumige Arbeit vor Ort besonders wichtig. Dort haben sich alle maßgeblichen Akteure zu einem runden Tisch zusammengeschlossen. Man kennt die problematischen Jungs, man kennt die ansässigen Firmen und hat es durch persönliche Kontakte geschafft, möglichst viele Jugendliche unterzubringen und zu begleiten. Dieser persönliche Kontakt wäre in großräumigen Zusammenhängen gar nicht möglich, erst recht nicht auf nationaler Ebene.

Die gesellschaftliche Integration

Etwas anderes ist es, wenn wir von gesellschaftlicher Integration sprechen. Das heißt für mich als Sozialdemokratin in erster Linie, dass wir für Gleichberechtigung und Chancengleichheit sorgen müssen. Und zwar nicht nur in Bezug auf Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund, sondern für alle. Die größer werdende Schere zwischen Arm und Reich und zwischen Menschen mit guten und schlechten Bildungschancen darf von uns nicht hingenommen werden. Dabei sind für mich zwei Stichworte besonders wichtig: soziale Integration und Anerkennung. Soziale Integration heißt für mich insbesondere, dass wir der jungen Generation gerechte Chancen auf eine gute Bildung und Ausbildung ermöglichen müssen. Dabei sollten wir uns erinnern, dass wir in den Sechziger-Jahren ganz gezielt Niedrigqualifizierte als Arbeitskräfte angeworben haben. Die Frage der Bildungsferne trifft die erste Einwanderergeneration und deren Nachkommen also ganz besonders. Jahrzehntlang haben wir keine gezielte Integrationspolitik betrieben. Im Gegenteil: Spätestens seit PISA wissen wir, dass das deutsche Bildungssystem Bildungsferne und mangelnde Chancengleichheit systemimmanent vererbt.

Angesichts dieser Geschichte ist Integration erstaunlicherweise vielfach gut gelungen, nicht wegen, sondern trotz der politischen Rahmenbedingungen. Wir haben immer mehr gut ausgebildete Menschen aus der zweiten und dritten Generation, vor allem Frauen, die Anwälte, Politikerinnen oder Unternehmerinnen geworden sind. Aber wir haben auch einen viel zu großen Anteil von jungen Menschen, die sozial ausgegrenzt

bleiben. Eine Reform des Bildungssystems ist daher die größte und dringendste Baustelle, an der wir zu arbeiten haben. Das Ziel muss dabei ein möglichst langes gemeinsames Lernen sein. Das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland ist für die Migrantenkinder, die zum großen Teil aus bildungsfernen Schichten stammen, kontraproduktiv. Bei der frühen Selektion, die unser Schulsystem heute ausmacht, sind alle sozial benachteiligten Kinder die Leidtragenden. Heute haben Akademikerkinder im Vergleich zu Arbeiterkindern die sechsfache Chance, die Schule mit dem Abitur abzuschließen.

Anerkennung als Bürger dieses Landes

Ein weiteres wichtiges Stichwort ist für mich das der Anerkennung. Bei der Anerkennung geht es darum zu sagen: „Ihr gehört zu uns, wir gehören zu Euch, wir alle sind Teil dieses Landes, egal, welche Herkunft oder welche Religion wir haben“. Nur wenn alle Menschen das Gefühl haben, anerkannt zu sein, können sie sich auch mit diesem Land identifizieren und sind bereit, Verantwortung für seine und die eigene Zukunft zu übernehmen. Von dieser Realität, dieser selbstverständlichen Anerkennung aller, als Teil dieser Gesellschaft, sind wir in der Realität jedoch leider weit entfernt.

Ich fürchte im Gegenteil, dass in Deutschland eine Art neuer Rassismus hoffähig wird, der sich gezielt gegen Muslime richtet. Auf diese Gruppe werden alle Probleme dieser Gesellschaft projiziert. Themen wie Zwangsheirat oder Ehrenmorde werden jetzt schon gerne missbraucht, um eine aggressive Diskussion anzufachen. Ich erlebe mit Schrecken, dass sich gerade die ultrakonservativen Politiker hervortun, die seit jeher ein konservatives Familienbild und das klassische Frauenbild der drei „K’s“ (Kinder, Küche, Kirche) predigen, also quasi das gleiche Familienbild wie konservative islamische Verbandsfunktionäre vertreten. Sie outen sich plötzlich scheinbar als glühende Feministen, wenn es um Frauenrechte im Islam geht. Das nützt aber nicht den Frauen, sondern schürt letztlich nur die Ressentiments. Ehrenmorde und Zwangsheiraten sind eine Randerscheinung. Da ist jeder Fall sicher einer zu viel. Aber das Thema wird aufgebauscht, um Ressentiments zu schüren und eine ganze Gruppe von Menschen, nämlich die Muslime, in Sippenhaft zu nehmen.

Die Änderungen am Zuwanderungsgesetz fördern weder Integrati on noch Anerkennung

Das führt mich zur Frage nach der Rolle der sogenannten „Mehrheitsgesellschaft“ – also nach der Rolle aller Menschen hier ohne Migrationshintergrund. Denn die öffentliche Diskussion fokussiert nahezu ausschließlich auf Anforderungen an Migrantinnen und Migranten. Bestehende Diskriminierungen im Alltag, bei der Wohnungssuche und auf dem Arbeitsmarkt werden in der öffentlichen Diskussion geflissentlich ignoriert. Eine rechtliche Gleichstellung, beispielsweise über die Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit, ist immer noch nicht erreicht.

Diese Tendenz der Skepsis und der einseitigen Anforderungen an die Zuwanderer zieht sich leider auch durch unsere Gesetzgebung, speziell bei der Reform des Aufenthaltsrechts im Sommer 2007. Das Gesetz enthält einige begrüßenswerte Verbesserungen und Klarstellungen, wie etwa die Einbeziehung deutscher Staatsangehöriger in die Sprachkurse und die Schaffung einer gesetzlichen Altfallregelung für langjährig geduldete Ausländer. Wo es die europäischen Richtlinien umsetzt, geschieht dies jedoch regelmäßig nur restriktiv. Möglichkeiten zur Verschärfung des Ausländerrechts werden wahrgenommen, humanitäre Verbesserungen unterbleiben hingegen sogar dann, wenn sie europarechtlich geboten sind.

Ein zentraler Kritikpunkt sind die vorgesehenen Verschärfungen bei der Familienzusammenführung. Die Bekämpfung von Schein- und Zwangsehen, mit der die Maßnahmen begründet werden, sowie die Verbesserung der Integration von Familien sind sicher wichtige Themen. Allerdings sind die vorgesehenen Regelungen zur Erreichung dieser Ziele nicht die geeigneten Mittel. Statt wirksam gegen die genannten Phänomene vorzugehen, werden alle Ehen mit einem ausländischen Partner unter den Generalverdacht gestellt, dass der Abschluss dieser Ehen unter Zwang oder mit Täuschungsabsicht erfolgt. Gem. § 30 Abs. 1 AufenthG muss beim Ehegattennachzug der nachziehende Ehepartner künftig nachweisen, dass er sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann. Keine Sprachkenntnisse benötigen Personen, die „einen geringen Integrationsbedarf haben“, oder die wegen ihrer Staatsangehörigkeit auch für längere Aufenthalte visumsfrei nach Deutschland einreisen können, wie Japaner oder US-Amerikaner. Damit werden faktisch zwei Klassen von ausländischen Ehegatten geschaffen.

Das Zuwanderungsgesetz hatte insbesondere durch die Aufnahme des Rechtsanspruchs auf Sprachkurse richtige Signale gesetzt. Mit diesen Kursen erhielten Einwanderer und Einwanderinnen erstmals Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache und zur Orientierung in einem für sie fremden Land. Diese von den Migrantinnen und Migranten positiv aufgenommen Kurse werden in ihrer Wirkung durch dieses Gesetzesvorhaben nachhaltig geschwächt. Die vorgeschlagene Regelung verlegt den Zeitpunkt des Spracherwerbs vor die Einreise. Entsprechende Angebote zum Spracherwerb gibt es aber in vielen Ländern nicht oder nur in einigen Großstädten. Auch wenn nun entsprechende Deutschkurse in einigen Ländern geplant sind, eine flächendeckende Sprachförderung weltweit ist nicht zu realisieren, zumal die Sprachkurse für die Betroffenen dann auch finanzierbar sein müssten. In Deutschland Deutsch zu lernen, wäre für alle Beteiligten wesentlich einfacher. Diese Regelung ist damit integrations-, familien- und frauenpolitisch kontraproduktiv.

Deutschland und Europa benötigen Einwanderung

Für die Zuwanderung Hochqualifizierter tut das Gesetz ebenfalls kaum etwas: Deutschland bleibt für diese Gruppe leider unattraktiv. Und in den letzten Wochen mehren sich zudem die Anzeichen, dass die jetzt erforderlichen Deutschkenntnisse bei der Einreise von Familienangehörigen besonders auch viele Hochqualifizierte trifft, für die Deutschland damit noch einmal ein Stück unattraktiver wird.

Dabei wird doch immer mehr deutlich, dass wir in Zukunft Zuwanderung qualifizierter Menschen benötigen. Es gibt für mich auch keinen Grund, Zuwanderung und Ausbildung der „einheimischen“ Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Beides ist wichtig. Und die Zuwanderung Hochqualifizierter hilft letztlich auch den geringer Qualifizierten hierzulande. Denen helfen wir im Gegenteil gar nicht, wenn Firmen aus Deutschland abwandern, die künftig die Stellen für Hochqualifizierte nicht mehr besetzen können, weil wir eine derart restriktive Zuwanderungspolitik betreiben.

Der Vorschlag des EU-Innen-Kommissars Franco Frattini, mit Hilfe einer „Blue Card“ mehr hochqualifizierte Migranten nach Europa zu holen, indem die Voraussetzungen für Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen erleichtert werden, ist daher richtig und kommt genau zur rechten Zeit. Im Moment liegt die Europäische Union im globalen Wettbewerb um hochqualifizierte Zuwanderung auf dem letzten Platz, weil vor allem die klassischen Einwanderungsländer USA und Kanada viel attraktiver sind.

Anerkennung bedeutet auch Staatsbürgerschaft

Wenn wir die Attraktivität Europas erhöhen wollen, ist das aber letztlich nicht nur mit verbesserten Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Attraktiv ist unser Land nur dann, wenn die Eingewanderten die Chance sehen, voll und ganz Teil dieses Landes werden zu können, und nicht immer Bürger zweiter Klasse zu bleiben. Dazu gehört auch die formale Staatsangehörigkeit. Ich glaube, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Und das bleibt für den Einzelnen nicht ohne Wirkung auf seine Wahrnehmung der Gesellschaft und den eigenen Platz in der Gesellschaft. Mit dem deutschen Pass ist man deutscher Staatsbürger. Angesichts zurückgehender Einbürgerungszahlen müssen wir dafür eintreten, dass Einbürgerung erleichtert und attraktiver wird. Neben der Attraktivität für Migranten kommt noch ein anderes wichtiges Argument hinzu: In einer Demokratie ist es nicht hinnehmbar, dass immer mehr Menschen im Land kein Wahlrecht besitzen. Wir müssen dafür sorgen, dass Wohnbevölkerung und Staatsbevölkerung identisch sind.